

## Europa in Berlin

### Dr. Eva Högl, MdB, und Berliner Polizisten zu Besuch im EIZ – Die Maßnahmen zur Lösung der europäischen Schuldenkrise in der Diskussion



*Frau Dr. Eva Högl, MdB, und Berliner Polizisten zu Besuch im EIZ.*

Welche Maßnahmen hat die Europäische Union bereits ergriffen, um die Schuldenkrise zu lösen? Welche Konflikte entstehen dabei und wie kann sichergestellt werden, dass die EU gestärkt aus der Krise hervorgeht? Dies waren die Themen einer Fortbildung für Mitarbeiter der Berliner Polizei am 12. Januar 2012 im EIZ. Kompetente Auskunft bekam die Gruppe um Herrn Ersten Polizeihauptkommissar Uwe

Jessen (Leiter Fachbereich Politik) und Herrn Polizeihaupt-

kommissar Jörg Ehling (Fachlehrer für Politische Bildung) von Dr. Eva Högl, Bundestagsabgeordnete (EU-Ausschuss) und Vizepräsidentin der Europa-Union Deutschland.

Neben den Maßnahmen zur Lösung der Schuldenkrise in der Eurozone sowie deren Einordnung in den Kontext der europäischen Integration zwischen supranationalen und intergouvernementalen Verfahren wurden auch andere aktuelle Fragen diskutiert, etwa die europäische Erweiterungspolitik. Europapolitik ist in diesem Jahr das Leitthema der politischen Bildung der Berliner Polizei, mit der wir seit einigen Jahren eng zusammenarbeiten.

### Von Gulden, Schilling, Mark, Drachmen, Tolar und Peseten...

Nachdem bereits 1990 die erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion mit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs begann, wurde der Euro als Bargeld 12 Jahre und viele Diskussionen später endlich eingeführt. Seitdem sind zu den zwölf Mitgliedsstaaten der ersten Stunde weitere fünf Mitgliedsstaaten hinzugestoßen, zuletzt im Jahr 2011



Estland. Bei der offiziellen Einführung des Euro-Bargeldes am 1. Januar 2002 sagte Romano Prodi, damaliger Präsident der Europäischen Kommission: „Der Euro ist Ihr Geld, er ist unser Geld. Er ist unsere Zukunft. Er ist ein Stück Europa in unseren Händen.“

Ein Stück Europa hätte wohl jeder gerne. Wir müssen uns wohl damit begnügen, dass wir von diesem Europa nur ein paar Metallstücke und bunt bedrucktes Papier in unseren Händen halten dürfen. Doch der Euro bedeutet mehr als nur Papier und Metall. Er bedeutet eine tiefere europäische Integration, einfacheres Reisen, Preisstabilität und eine einzigartige Idee und Entwicklung einer europäischen Identität. Und das schon seit 10 Jahren. Der frühere EZB-Chef Wim Duisenberg sagte bei der Präsentation der neuen Euro-Scheine am 31. August 2001, dass dies ein Augenblick sei, in dem der Mantel der Geschichte uns, die Europäer, streife.

Zum Jubiläum des Euro wurde nun ein Wettbewerb ins Leben gerufen, der Vorschläge für eine 2-Euro-Gedenkmünze sammelte. Anschließend konnten Bürger im Internet über den besten Entwurf abstimmen. Das Motiv des österreichischen Künstlers Helmut Andexlinger konnte sich unter den fünf Vorschlägen der Endauswahl durchsetzen. Diese Münze gibt es beispielsweise ab 5. Januar 2012 an allen Kassenstandorten der Berliner Sparkasse.

→ [Weiterlesen](#)

## Offizielle Nachrichten der Europäischen Union

### **Kommission: Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet**

Die Europäische Kommission hat am 17.01.2012 rechtliche Maßnahmen gegen Ungarn eingeleitet. Den Grund hierfür lieferten die neuen Rechtsvorschriften, die Anfang 2012 in Kraft getreten sind. Nach genauerer Untersuchung der Entwürfe der neuen Rechtsvorschriften der ungarischen Behörden – wie aus den Schreiben von Präsident José Manuel Barroso, Vizepräsidentin Viviane Reding (EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Unionsbürgerschaft) und Vizepräsident Olli Rehn (EU-Wirtschafts- und Währungskommissar) hervorgeht – ist die Europäische Kommission der Auffassung, dass die ungarischen Rechtsvorschriften die Unabhängigkeit der Zentralbank und der Datenschutzbehörden des Landes in Frage stellen und damit ebenso gegen EU-Recht verstoßen wie die im Bereich des Justizwesens verabschiedeten Maßnahmen.

Deshalb hat die Kommission beschlossen, drei Aufforderungsschreiben an Ungarn zu richten und damit die erste Stufe des EU-Vertragsverletzungsverfahrens einzuleiten.





Darüber hinaus sollen die ungarischen Behörden auf weitere Punkte angesprochen werden, um festzustellen, ob gemäß EU-Recht gegebenenfalls weitere Maßnahmen nötig sind, um insbesondere die Unabhängigkeit der Justiz zu wahren. Die ungarischen Behörden haben einen Monat Zeit, um auf die Aufforderung der Kommission zu reagieren.

→ [Weiterlesen](#)

### **Dänemark übernimmt EU-Ratspräsidentschaft**

Am 1. Januar 2012 hat Dänemark den halbjährlich wechselnden Vorsitz des Rates der Europäischen Union angetreten und löst damit Polen ab. Die dänische Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt nannte als Zielsetzung für die nächsten sechs Monate, Europa dynamischer, offener und grüner zu machen. Auch eine verantwortlichere Wirtschaftspolitik stehe auf ihrer Agenda. Europa müsse die Krise überwinden.

Dänemark selbst ist nicht Teil der europäischen Währungsunion. Gerade darin sieht EU-Kommissionspräsident Barroso jedoch eine Stärke. Er hofft auf Dänemarks Rolle als Brücke zwischen den Ländern innerhalb und außerhalb der Eurozone. Auch sonst steht die dänische Ministerpräsidentin vor einigen Herausforderungen. 2011 hatte Thorning-Schmidts Vorgängerregierung angekündigt, wieder Zoll- und Passkontrollen einzuführen und war damit heftig in die Kritik vieler Nachbarstaaten geraten. Die Maßnahmen wurden inzwischen jedoch wieder zurückgenommen.

→ [Weiterlesen](#)

### **Martin Schulz ist neuer Präsident des Europäischen Parlaments – Vom Buchhändler nicht zum Millionär, aber zur Stimme der europäischen Bürger**

Am 17. Januar 2012 wählte das Europäische Parlament den Deutschen Martin Schulz in Straßburg zum Präsidenten des Europäischen Parlaments. Er tritt nun die Nachfolge von Jerzy Buzek an und wird bis zur Europawahl 2014 amtieren. Bereits im ersten Wahlgang erreichte der gebürtige Aachener mit 387 der 699 anwesenden Abgeordneten die erforderliche Mehrheit.

Er setzt sich für ein demokratischeres und starkes Europa ein und möchte gerade durch seine Funktion als Parlamentspräsident das Image der Europäischen Union bei den Bürgern verbessern. Schulz stellte bei seiner Antrittsrede vor dem Europäischen Parlament klar, dass Europa für ihn „mehr ist, als nur der Kompromiss der stärksten



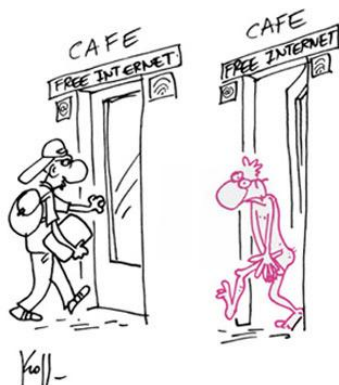
Nationalstaaten“. Er wolle dem Parlament und damit auch den Bürgern eine starke Stimme geben und verfolge darüber hinaus die Linie der dänischen Ratspräsidentschaft, indem er Europa auch näher an die Bürger bringen wolle.

Der langjährige Vorsitzende der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament kritisiert, dass wichtige Entscheidungen hinter verschlossenen Türen fernab vom Bürger entschieden würden: „Das Ergebnis einer parlamentarisch unzureichend legitimierten Politik wird von den Bürgern als Diktat aus Brüssel empfunden. Den Preis dafür bezahlt die EU als Ganzes: Das ist der Nährboden für antieuropäische Ressentiments.“ Ziel sei es, die Möglichkeiten des Europäischen Parlaments, die durch den Lissabon-Vertrag erweitert wurden, weiter auszuschöpfen.

Martin Schulz unterstreicht, dass er kein bequemer Präsident sein wolle und wenn nötig sich auch Respekt erstreiten werde, falls die Interessen der Bürger gefährdet seien. Er möchte das Vertrauen der Menschen in den europäischen Einigungsprozess zurück gewinnen und wieder Begeisterung für Europa wecken. Europa sei „eine faszinierende Idee“, so Schulz. Ob aus diesen Ideen nun auch Taten folgen, bleibt abzuwarten, aber die Zeiten sind günstig, um aktiv für die europäische Heimat zu kämpfen. Wenn nicht jetzt, wann dann?

→ [Weiterlesen](#)

## Kommission: Reform des EU-Rechts für den Schutz personenbezogener Daten



© Europäische Kommission

Die Kommission will Internet-Nutzern mehr Rechte und Kontrolle über ihre Daten geben und der Online-Wirtschaft in Europa jährliche Einsparungen in Höhe von bis zu 2,3 Mrd. € ermöglichen. Der technische Fortschritt und die Globalisierung haben die Art und Weise, wie Daten erhoben, abgerufen und verwendet werden, grundlegend verändert. Da die Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten unterschiedlich um- und durchgesetzt werden, soll jetzt die Datenschutzrichtlinie von 1995 umfassend reformiert und modernisiert werden. Die Kommission plant, diese Reform in Form einer Verordnung zur Festlegung eines allgemeinen Datenschutz-Rechtsrahmens der EU und einer Richtlinie zum Schutz personenbezogener Daten wahrzunehmen. Damit soll das grundlegende Recht, Kontrolle über die eigenen Daten zu haben, gestärkt werden.



- [Video](#)
- [Weiterlesen](#)

## **Mit grünem Beispiel voran – Emissionszertifikate für den Luftverkehr**

Ab diesem Jahr wird die Luftfahrt erstmals in das System des Emissionshandels integriert. Denn diese ist für rund drei Prozent der Emissionen auf europäischem Gebiet verantwortlich und bietet somit Potenzial, einen wichtigen Beitrag zu den europäischen Emissionszielen für 2020 zu leisten. Der EU-Emissionshandel ist eine Maßnahme gegen den Klimawandel und startete 2005 mit dem Handel von Emissionszertifikaten. Zunächst mussten jene Unternehmen Zertifikate kaufen, die hohe klimaschädliche Emissionen aufweisen. Diese Zertifikate statten die Unternehmen mit einer bestimmten Anzahl an Verschmutzungsrechten aus, die zunächst fast alle kostenlos vergeben wurden. In den darauffolgenden Phasen des Handels wird der kostenpflichtige Teil größer, um die Unternehmen zum Einsatz klimafreundlicherer Technik zu animieren.

Seit Beginn des Jahres müssen nun alle Fluglinien, die in einem EU-Mitgliedsstaat starten oder landen, Zertifikate vorweisen. So soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß, der in den letzten zehn Jahren massiv angestiegen ist, verringert werden. Laut Europäischer Kommission führt dies bei einem Kurzstreckenflug zu einer Preiserhöhung zwischen zwei und neun Euro, bei einem Langstreckenflug um vierzig Euro pro Passagier.

Da diese Verordnung nicht nur europäische Fluglinien betrifft, sondern international Wirkung erzielt, haben verschiedene Länder gegen die EU geklagt. Zudem wurde mit Sanktionen gedroht, da die Bereitschaft zum Klimaschutz international noch nicht sehr ausgeprägt ist. China wirft der EU beispielsweise vor, gegen die nationale Souveränität sowie gegen das internationale Luftfahrt-Abkommen zu verstoßen. Einige Fluggesellschaften aus Nordamerika sind Ende 2011 vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg mit ihrer Klage gescheitert. Der Europäische Gerichtshof argumentierte, dass die EU sich grundsätzlich dafür entscheiden könne, den Flugverkehr in ihrem Hoheitsgebiet nur zuzulassen, wenn die Teilnehmer die festgelegten Kriterien einhalten. Es handle sich hierbei nicht um einen Eingriff in die nationale Souveränität.

- [Weiterlesen](#)

## **Kommission fördert die Online-Wirtschaft**

Die Kommission möchte durch das einfachere Einkaufen im Internet in der gesamten EU





mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung erreichen. Die neuen Vorschläge zur Förderung des Online-Handels setzen sich dieses Ziel. Der Online-Handel kann Verbrauchern und Unternehmen viele Vorteile wie niedrigere Preise, leichtere Zugänglichkeit von Waren, Entwicklung innovativer Dienstleistungen und Schaffung neuer Arbeitsplätze bieten. Es wurden 16 Maßnahmen vorgeschlagen, die darauf abzielen, die Anzahl der Online-Verkäufe im europäischen Einzelhandel durch einen besseren Verbraucherschutz, mehr Informationen und eine breitere Auswahl bis 2015 zu verdoppeln. Diese Maßnahmen haben unter anderen auch das Ziel, das illegale Herunterladen von urheberrechtlich geschützten Inhalten zu verhindern und einen klaren Rechtsrahmen für Online-Geschäfte zu schaffen.

→ [Weiterlesen](#)

## Die Europäische Union in den Medien

### EU-Gipfel beschließt dauerhaften Rettungsschirm ESM

Die Staats- und Regierungschefs der EU einigten sich auf dem Gipfel in Brüssel am 30. Januar 2012 auf neue haushaltspolitische Regeln. Der EU-Fiskalpakt wird in Form eines völkerrechtlichen Vertrags geschlossen, da Großbritannien und überraschend auch Tschechien nicht teilnehmen. Ziel des Pakts, der erst im Dezember 2011 auf den Weg gebracht wurde, ist es, eine dauerhaft solide Haushaltspolitik sowie eine wirtschaftspolitische Koordinierung zu sichern. Der Mechanismus der nationalen Schuldenbremsen legt fest, dass das Haushaltsdefizit eines Staats künftig nicht höher als 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sein darf. Ab Juli dieses Jahres wird der ESM den Rettungsschirm EFSF ablösen und mit mindestens 500 Milliarden Euro ausgestattet sein. Weiteres Thema des Gipfels war die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sowie die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit Hilfe von Krediten. Doch darüber soll erst auf dem nächsten Gipfel am 1. März 2012 diskutiert werden.

→ Weiterlesen [hier](#) und [hier](#)

### Gegen das Vergessen – Haiti

Haiti wurde 1804 als vorherige französische Kolonie zum ersten unabhängigen karibischen Staat. Dennoch ist Haiti eine der ärmsten Nationen des amerikanischen Kontinents. Das schlimmste Erdbeben der letzten zwei Jahrhunderte erreichte Haiti mit der





Stärke 7,0 am 12. Januar 2010. Ausgehend von der Hauptstadt Port au Prince betraf und betrifft diese Katastrophe über drei Millionen Menschen. 222.000 Menschen fielen dem Erdbeben zum Opfer. Der finanzielle Schaden durch die Zerstörung der Infrastruktur und der über 300.000 Häuser beträgt über 5 Milliarden Euro, was ungefähr dem Bruttoinlandsprodukt Haitis von 2009 entspricht.

Direkt nach der Katastrophe haben die Europäische Union und deren Mitgliedsstaaten Haiti Hilfe versprochen. Es wurden 1,2 Milliarden Euro durch die Kommission, die Mitgliedsstaaten und die Europäische Investitionsbank zugesagt. Allein die Kommission hat 522 Millionen Euro in Aussicht gestellt, von denen schon knapp 70 Prozent gebunden sind. Der haitianische Wirtschaftsminister Ronald Beaudin betonte im Oktober 2011, dass die Unterstützung der EU dem Land geholfen habe, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Außerdem habe die EU eine einzigartige finanzielle Hilfe versprochen und diese auch ohne weiteres bereit gestellt. Nun hat die Europäische Kommission am 10. Januar 2012 ein neues, mit 23 Millionen Euro dotiertes Wohnungsbauprogramm für die Instandsetzung und den Wiederaufbau sicherer Häuser eingeleitet. Es wird mit lokalen Gemeinschaften, den Kommunen und dem haitianischen Ministerium für öffentliche Bauarbeiten durchgeführt und gibt somit Hilfe zur Selbsthilfe.

→ [Video](#)

→ [Weiterlesen](#)

## **Europäische Kulturhauptstädte 2012: Guimarães und Maribor**

Im neuen Jahr gibt es auch wieder zwei neue europäische Kulturhauptstädte. Wie in den Vorjahren liegt eine in den alten und eine in den neuen EU-Staaten. Das portugiesische Guimarães und das slowenische Maribor (*Marburg an der Drau*) wurden für 2012 auserkoren, ihre Städte mit zahlreichen Veranstaltungen zu präsentieren.

Guimarães, mit gerade mal 50.000 Einwohnern ein beschauliches Städtchen in der Nähe Portos, gilt als die Wiege Portugals und lockt mit einer alten Burg und einer zum Weltkulturerbe der UNESCO gehörenden Altstadt. Maribor, die zweitgrößte Stadt Sloweniens, am Fuße des Bachergebirges gelegen, nutzt die Ernennung, um einen Wandel zu vollziehen: von der Industriestadt hin zu einem Zentrum für Kultur und Bildung. Zudem wird mit Maribor zum ersten Mal eine Stadt im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien europäische Kulturhauptstadt.

Die Kulturinitiative der EU stellt der europäischen Öffentlichkeit auf diesem Weg seit 1985 die kulturelle Vielfalt ausgewählter Städte vor. Die Städte erhoffen sich Aufmerksamkeit





und viele Besucher und damit auch längerfristige wirtschaftliche Impulse.

→ Weiterlesen: [Maribor](#) und [Guimarães](#)

### **Referendum: Kroaten sagen Ja zum EU-Beitritt**

Am 22. Januar 2012 haben die kroatischen Bürger in einem Referendum über den Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union abgestimmt. Mit 66 Prozent entschied sich die breite Mehrheit dafür. Damit ist der Weg zum EU-Beitritt am 1. Juli 2013 geebnet, der Kroatien zum 28. Mitglied der EU machen wird. Zuvor müssen alle 27 Mitgliedsstaaten dem Termin zustimmen und den Beitrittsvertrag ratifizieren. Die offiziellen Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und Kroatien laufen bereits seit 2005.

Alle großen Parteien des Landes begrüßten den Entschluss. Regierungschef Zoran Milanovic nannte die EU „eine Chance für den Fortschritt und die Entwicklung aller kroatischen Talente.“ „Es freut mich, dass Europa mein Zuhause wird“, verkündete Staatspräsident Ivo Josipovic.

Ratspräsident Herman van Rompuy und Kommissionspräsident José Manuel Barroso gratulierten Kroatien zu dem Ergebnis. In einer gemeinsamen Erklärung nannten sie den bevorstehenden Beitritt eine gute Nachricht für die Region und für Europa. Getrübt wurde die Freude durch die geringe Wahlbeteiligung. Weniger als die Hälfte der wahlberechtigten Kroaten hatten ihre Stimme abgegeben. Kroatische EU-Gegner verlangen deshalb eine Wiederholung des Referendums. Im Vorfeld hatten sie bereits harsche Kritik an der EU bekundet. Vor allem die Angst, Kroatien könne seine Souveränität verlieren, ist bei den Gegnern des EU-Beitritts verbreitet.

→ [Hier](#) gelangen Sie zum Kommentar von Ratspräsident van Rompuy und Kommissionspräsident Barroso.

→ [Weiterlesen](#)

## **Europapolitische Veranstaltungen in Berlin**

### **„Halbzeit“ im Europäischen Parlament – Zeit für eine Zwischenbilanz!**

Die „Halbzeit“ der Legislatur des Parlaments ist eine gute Gelegenheit, Zwischenbilanz zu ziehen: über die Rolle des Parlaments bei der Vertretung der Interessen der Bürgerinnen





und Bürger und über die Arbeit der Abgeordneten. Daher laden die Europa-Union Berlin e.V., der Bezirksstadtrat für Bauen, Planen, Umweltschutz und Wirtschaftsförderung von Berlin-Spandau, Herr Casten Röding, sowie die Europabeauftragte von Spandau, Frau Uta Bohacek, Sie sehr herzlich ein zu einem Diskussionsabend mit Frau Dagmar Roth-Behrendt, MdEP und langjährige Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments.

- Termin: Mittwoch, 08.02.2012, 18:30 Uhr
- Ort: Bürgersaal des Rathauses Spandau, Carl-Schurz-Str. 2, 13597 Berlin
- Veranstalter: Europa-Union Berlin e.V. und der Bezirksstadtrat für Bauen, Planen, Umweltschutz und Wirtschaftsförderung von Berlin-Spandau
- Anmeldung erforderlich

→ [Weiterlesen](#)

### Was steht hinter der Euro-Krise?

Mit der EU werden seit der globalen Krise zunehmend Finanzkrise, Staatsverschuldung und Stabilitätsmaßnahmen assoziiert. In diesem Seminar werden Hintergründe und Interessen analysiert. Wie kann sich das politische Gebilde – Zollunion, Wirtschaftsunion, nicht jedoch „Transferunion“ – ausdehnen? Wird Europa zunehmend zum Ort politisch-rechtlicher Disziplinierung der nationalen Politiken? Welche Potenziale haben die Massenproteste in Europas Süden?

- Termin: Samstag, 25.02.2012, 10:30 bis 17:30 Uhr
- Ort: Schule für Erwachsenenbildung (SfE) im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
- Veranstalter: Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung
- Anmeldung erwünscht unter [global@bildungswerk-boell.de](mailto:global@bildungswerk-boell.de)

→ [Weiterlesen](#)

**Weitere Termine finden Sie unter:**

[www.berlin.de/europakalender](http://www.berlin.de/europakalender)

<http://www.europatermine.de>

## Veranstaltungen des Europäischen Informationszentrums Berlin

### Europäische Außenpolitik, oder: Die Telefonnummer Europas?

Vortrag zur Information über die neu geschaffene Struktur der außenpolitischen





institutionellen Struktur der EU sowie die Hintergründe dieser Reform.

- Termin: Dienstag, 21.02.2012, 10:00 bis 12:00 Uhr
- Ort: Europasaal des EIZ Berlin, Voßstraße 22, 10117 Berlin
- Teilnahme kostenfrei, Anmeldung erwünscht unter Tel. 030 / 88 412 211, [info@eu-infozentrum-berlin.de](mailto:info@eu-infozentrum-berlin.de)

Wenn Sie Fragen haben oder Informationsmaterial über die Europäische Union benötigen, möchten wir Sie herzlich einladen, uns persönlich, telefonisch oder elektronisch zu kontaktieren.

Deutsche Gesellschaft e.V.  
Europäisches Informationszentrum Berlin  
- Europe Direct Network –

Voßstraße 22  
D-10117 Berlin

Tel. +49 (0)30-88 412 211  
Fax +49 (0)30-88 412 223

[info@eu-infozentrum-berlin.de](mailto:info@eu-infozentrum-berlin.de)  
<http://www.eu-infozentrum-berlin.de>

